

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 11

Charlottenburg, Freitag, den 12. März 1909

Jahrg. 36

Sperren

Bollsperrern in Deutschland: Ahlen und Gelsenkirchen-Neckendorf (Westdeutsche Stanz- und Emailkerwerke, Ehrenberg & Co.) Golditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Max Wetterhahn, Gimsbütteler Chaussee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stokheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Seene, Eckert & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlerbach. Selb (L. Huttschenreuther inkultive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz a. Donau. (Josef Engler Nachfl. und Robert Lenz Nachfl.). Merkersgrün.

Unsere Lohnstatistik für 1906.

Die Arbeiten der Aufrechnung der von den Mitgliedern gemachten Angaben über ihre Verdienste im Jahre 1906 sind nunmehr abgeschlossen. Die Resultate dieser Aufrechnung liegen jetzt in der Lohnstatistik für das Jahr 1906 vor. In kurzer Zeit wird die 110 Seiten starke Broschüre unseren Mitgliedern zugehen.

Zwischen der Erhebung der Verdienstzahlen und ihrer Aufrechnung und übersichtlichen Zusammenstellung liegt ein Zeitraum von zwei Jahren. Das ist nicht die Schuld des Bearbeiters der Statistik. Die Gründe für diese Verzögerung sind einmal in dem langsamen Einlaufen der ausgefüllten Formulare, zum anderen in der starken Inanspruchnahme des Bearbeiters der Statistik mit anderen dringenderen Verbandsarbeiten zu suchen. So wünschenswert auch eine sofortige Bearbeitung und eine schnellere Veröffentlichung der Ergebnisse der Verdienstangaben gewesen wäre, so hat doch die erst jetzt veröffentlichte Statistik auch eine allgemeine Bedeutung, die weit über die Dauer einer kurzspannigen Zeit hinaus reicht.

Der Umfang der Statistik ergibt sich — was die Zahl der dabei in Frage kommenden Personen, Berufe, Verdienstsommen und der Arbeitstage anbetrifft — aus folgenden Bemerkungen, die der Einleitung zu der Statistik entnommen sind:

Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1906 14 169 Mitglieder. Ausgefertigte Frageformulare gingen ein 11 989. Davon mußten 676 von vornherein ausgeschlossen werden, weil sie von Beamten oder von in für uns berufsfremden Betrieben beschäftigten Mitgliedern oder ungenügend ausgefertigt waren. Bei der Bearbeitung stellten sich weitere 756 Formulare als unverwendbar heraus wegen widersprechender oder nach anderen Merkmalen als unrichtig verdächtig Angaben oder weil notwendig erscheinende Aufklärungen nicht zu erlangen waren.

Es verblieben nach Abzug der 1432 unbrauchbaren 10 557 brauchbare Formulare, welche Auskunft gaben über einen Gesamtverdienst von 8 950 072,13 Mk., erzielt in zusammen 2 339 138 Arbeitstagen. Von männlichen gelernten und von ungelernten Arbeitern waren 8934 Auskünfte über einen Gesamtverdienst von 8 431 968,82 Mk. in zusammen 2 020 808 Arbeitstagen einge-

gangen; 404 Lehrlinge berichteten über einen Gesamtverdienst von 134 239 Mk. in 81 437 Arbeitstagen und 1219 Arbeiterinnen über einen Verdienst von 383 863, Mk. in 236 893 Arbeitstagen."

Die Aufrechnung der angegebenen Verdienste und die Zusammenstellung ihrer Ergebnisse wurde in der Weise vorgenommen, daß die Statistik eine Uebersicht über die Durchschnittsverdienste für die Angehörigen der einzelnen Spezialberufe, nach Betrieben geordnet, gewährt. Dieser Zusammenstellung der Branchen-Verdienste nach einzelnen Betrieben folgt dann eine Uebersicht der Verdienst-Aufrechnungs-Ergebnisse nach Orten. Es sind ferner nachträgliche Anmerkungen zu den Zusammenstellungen nach Orten gegeben. Darauf folgt eine Alterstabelle der an der Statistik beteiligten Kollegen und Kolleginnen.

Von der weitverzweigten Spezialisierung der Tätigkeit unserer Verbandsmitglieder legt der Umstand Zeugnis ab, daß in der Statistik 92 Berufsgruppen angeführt sind. Ferner ergibt das Ortsverzeichnis, das die vergleichende Zusammenstellung der Verdienstzahlen der verschiedenen Berufsgruppen der gleichen Betriebe sehr erleichtert, daß 309 Orte durch die Statistik berührt werden.

Auf die eigentlichen Zahlen der Statistik, so weit dieselben die Verdienste, die Ueberstunden, das Alter der Beteiligten und das „Aussetzen“ angehen, möchten wir jetzt nicht des Näheren eingehen. Es muß die Sache eines jeden Verbandsmitgliedes sein, diese Statistik mit Interesse durch zu sehen. Ist das Interesse an diesen Zahlen bei unseren Mitgliedern vorhanden, dann werden sich für die Kollegen aus dem aufmerksamen Studium dieser Zahlen ohne Weiteres sehr interessante Schlüsse ergeben. Besondere Betrachtungen über die Zahlen werden wir dann später aufstellen.

Selbstredend kann die vorliegende Statistik kein erschöpfendes Bild der Dienstverhältnisse in unserem Berufe bieten. Einmal stammen die Lohnangaben nur von den organisierten Kollegen, die ja leider nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft in der feineramtschen Industrie bilden, und zum andern erfährt eben durch das Nichterfassen der Verdienste der nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen das Gesamtlohnbild eine zu günstige Lösung. Denn bei Verdienstaufnahmen durch organisierte Arbeiter wird allein aus dem Grunde heraus sich ein höherer Gesamtdurchschnittslohn für die Arbeiter eines Berufes ergeben, weil die organisierten Arbeiter zumeist die best bezahlten unter den Kollegen sind. Wie denn selbst vorurteilsfreie Unternehmer zu vielen Malen die größere berufliche Tüchtigkeit der organisierten Arbeiter gegen die durchschnittlich minderwertigen Leistungen unorganisierter Arbeiter anerkannt haben. Aber abgesehen von dieser, in der Natur der Sache begründeten Unzulänglichkeit der vorliegenden Statistik, bleiben noch einige andere Mängel an ihr zu betonen übrig, die bei künftigen Lohnaufnahmen vermieden werden können.

In der Einleitung der Statistik nimmt Kollege Bollmann auch selbst darauf Bezug, indem er beklagt, daß sich die Berechnung der durchschnittlichen Stundenlöhne nicht habe erreichen lassen, weil die Angaben über die reguläre Dauer der täglichen Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben fehlen. Diese Angaben wären aber auch noch deswegen von besonderem Interesse gewesen, weil sich an der regulären Arbeitsdauer die Bedeutung des Ueberstundenwesens in Bezug auf seine gesundheitlichen Gefahren für die Arbeiter überhaupt erst hätte messen lassen.

Dann fehlt es — wie das auch in der Einleitung der Statistik betont wird — an der Zahl der in den betreffenden

Betriebe insgesamt beschäftigten Personen. Mit Recht sagt Kollege Wollmann, daß nur durch den Vergleich dieser Zahl mit der Zahl der an der Statistik beteiligten Kollegen eines Betriebes ein annähernder Rückschluß auf die Höhe der Durchschnittslöhne in dem ganzen Betriebe möglich sein würde.

Aber die Ursachen dieser Mängel lagen schon in den Erhebungsformularen, die weder über die reguläre Arbeitszeit noch über die Gesamtzahl der Beschäftigten in einem Betriebe Auskunft forderten. Jedenfalls würden diese Dinge bei einer künftigen Statistik Berücksichtigung finden.

Eine spätere Statistik hätte überhaupt weitere Gebiete zu bestreichen. Die vorliegende Aufrechnung betrifft nur die Löhne, Ueberstunden und das Alter der Beteiligten. Wünschenswert wäre für uns aber auch eine übersichtliche Zusammenstellung der Arbeitszeit, der Erkrankungen und Sterbefälle der Kollegen, nach Betrieben, Orten und Betrieben gegliedert.

Doch wir wissen wohl, einer solchen Erhebung stehen zahlreiche Hemmnisse entgegen. Widerstände, die in erster Linie bei den Kollegen selbst zu suchen sind. An diesem Widerstande der Kollegen litt ja auch die größere Vollständigkeit der vorliegenden Statistik. Es gab und gibt leider auch noch heute eine ganze Reihe von Kollegen, die jeder methodischen Aufzeichnung äußerst mißtrauisch und abgeneigt gegenüber stehen. Wir denken noch an die Konflikte im Frühjahr 1907 und an die Abstimmung der Mitglieder im April 1907. Durch diese Abstimmung wurde jeder größeren Statistik für unsere Mitglieder der Boden entzogen. Die meisten Kollegen sahen in den statistischen Aufzeichnungen nur eine unbequeme Arbeit, welche dem Vorstand die richtige Einschätzung der Mitglieder für die entsprechenden Beitragsklassen erleichtern sollte. An die weiteren und viel bedeutenderen Zwecke der Statistik dachten unsere Mitglieder nicht. Vielleicht kommt ihnen der Hauptwert der statistischen, gewissenhaften und pünktlichen Aufzeichnungen bei dem Studium der jetzigen Statistik, die eine Fülle mühevoller Arbeit in sich schließt, mehr zum Bewußtsein.

Denn darin liegt der Wert der zusammen gestellten Ergebnisse der wöchentlichen Mittelungen der Kollegen: Es ist dadurch wenigstens eine teilweise Uebersicht über die Verdiensthöhen in den einzelnen Branchen, an den einzelnen Orten und in den besonderen Betrieben geschaffen. Diese Uebersicht und die daraus sich ergebenden Vergleichen zwischen den Löhnen der einzelnen Branchen, Orte und Betriebe liefert den Kollegen doch eine Waffe gegen den Unternehmer, deren Bedeutung nicht hoch genug anzuschlagen ist. Die immer und immer wieder versuchten Lohnrückereien, bei deren Vornahme sich die Unternehmer zu gern auf die angeblich geringeren Verdienste der Kollegen an anderen Orten und in anderen Betrieben berufen, begegnen in der Lohnstatistik einem wirksamen Widerstand, der natürlich mit deren immer weiterem Umfang und mit der immer größer werdenden Unanfechtbarkeit der Statistik ein immer größerer und bedeutender werden muß.

Von allen anderen Vorteilen einer guten und möglichst weitgreifenden Statistik wollen wir hier gar nicht reden.

Wenn die Mitglieder die Statistik von 1906 nur mit Interesse und Verständnis lesen möchten, dann wird bei ihnen allen der Wunsch nach einer baldigen Wiederholung der Statistik geboren. Ergibt aber die Statistik dieses Resultat, dann hat uns keine Arbeit gereut und wird uns auch später keine Mühe, dafür aufgewendet, reuen.

Zur „Reform“ der Arbeiterversicherung.

Schon seit langem bemühen sich die Herren in der Reichsregierung durch eine sogenannte Reform das Bißchen Arbeiterzuschuß- und Versicherung durch eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in den Ortskrankenkassen noch weiter zu verkümmern. Dagegen wendete sich vor kurzem ein Artikel im „Correspondenzblatt“, den wir hier wegen seiner programmatischen Bedeutung für die Arbeiterschaft wieder geben:

„Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer mästen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozial-

demokratie“ wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen kreben ging, war kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundene Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachliche Niederlage.

Das sehnsüchtig erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den vom Reichsamt des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Rassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiegebilde heraus gestellt; die Arbeiterfeinde waren elend blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Menck, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zugeben, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Menck brachte in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bureaucraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen liefern wollte, zurück gewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungskassen, Gemeindefrankenversicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 Mk. Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gesinnung echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmertum getragen, tatsächlich aber doch von den Erträgnissen der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebührt den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das partizipative Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenknauserlei nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hatte in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 134 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war kolossal „gequetscht“ worden. Inzwischen sind nun die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgesetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr

zweifelhaft, aber man will hier eine Zerspaltung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparsamkeitsrücksichten“ umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu ködern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufzurichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten bezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 Mt. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Almosenrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Zölle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Zölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht so viel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unsinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosen-Unterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei miterwähnt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindemitteln viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen.“

Deutscher Landarbeiterverband.

Die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter war seit je ein Gebiet, dessen Eroberung ungemein viele Schwierigkeiten im Wege standen. Nicht nur, daß teilweise gesetzliche Bestimmungen der Agitationsarbeit unter den Landarbeitern Hemmnisse in den Weg legten, sondern die ganze Art und Weise der Beschäftigung der Landarbeiter, die zumeist ungemein streng aufrecht erhaltene Absonderung des Landarbeiters von dem Industriearbeiter, von dessen politischen Anschauungen und wirtschaftlichen Bestrebungen erschwerten den Anschluß der Landarbeiter an die allgemeine Arbeiterbewegung in überaus starkem Maße. Es war aus allen diesen Gründen nötig, daß die Bearbeitung dieses dornigen Agitationsfeldes der Nebenbeschäftigung des Land- und Fabrikhilfsarbeiterverbandes entzogen und eine eigene Organisation für die Landarbeiter gebildet wurde.

Darüber wurde in der Tagespresse berichtet:

„Am 21. und 22. Februar fand in Berlin im Gewerkschaftshause eine Konferenz statt, in welcher die seit langem vorbereitete Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands beschlossen wurde. Die Organisation der Landarbeiter oblag bisher dem Verbande der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Schon seit 1902 ergingen Anregungen aus einzelnen Bezirken zur Gründung einer selbstständigen Landarbeiterorganisation. Der Fabrikarbeiterverband hielt indes an seiner Zuständigkeit für diese Arbeiterkategorie fest. Erst der Münchener Verbandstag dieses Verbandes beschloß, auf sie zugunsten einer selbstständigen Landarbeiterorganisation zu verzichten unter der Voraussetzung, daß die der Gewerbeordnung unterstehenden Arbeiter von dem neuen Verban-

nicht erfaßt, sondern dem Fabrikarbeiterverbande verbleiben würden. Nachdem nunmehr die Bahn für eine neue Landarbeiterorganisation frei war, wurden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung der Gründung in den einzelnen Reichsgebieten unternommen, die durch die berliner Konferenz ihren Abschluß fanden.

Die Konferenz beschloß, daß die neue Organisation, die den Namen: „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands“ führt, ein einheitlicher Zentralverband für das ganze Reichsgebiet sein solle, der in Gaue, Bezirke und Ortsgruppen eingeteilt wird. Für Angehörige gewisser Spezialbranchen können Sektionen errichtet werden. Die Orts- bzw. Bezirkssektionen können zu einer Reichssektion vereinigt werden.

Der Zweck des Verbandes ist die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Er soll erreicht werden durch Einwirkung auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages, Gewährung von Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis, der Arbeiterversicherung oder der Verbandsstätigkeit, durch Gewährung von Kranken-, Maßregelungs- und Sterbeunterstützung, durch Errichtung kostenloser Arbeitsnachweise, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans (das einheitlich und monatlich erscheinen soll) und durch Pflege der Geselligkeit und Solidarität.

Beitrittsberechtigt sind alle Land-, Wald und Weinbergarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfg. Der Beitrag ist nach drei Klassen zu 30, 60 und 80 Pfg. pro Monat abgestuft.

Die Gauvorstände können auf Beschluß der Gaukonferenzen mit Zustimmung des Verbandsvorstandes Wochenbeiträge an Stelle der Monatsbeiträge einführen.

Die Einteilung der Gaue bleibt dem Verbandsvorstand überlassen. Ortsgruppen sollen errichtet werden an Orten, wo eine genügende Anzahl von Mitgliedern vorhanden ist. Orte, in denen es nicht zur Bildung von Ortsgruppen kommt, können zu Bezirken vereinigt werden.

Organe des Verbandes sind der Vorstand, Ausschuß und Verbandstag. Der Vorstand wird seinen Sitz in Berlin oder dessen Umgebung, der Ausschuß in München haben. Der Verbandstag soll alle drei Jahre stattfinden.

Krankenunterstützung wird nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 12 Monatsbeiträgen, Sterbeunterstützung nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 24 Monatsbeiträgen gezahlt. Die Krankenunterstützung beginnt nach Ablauf der ersten mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitswoche, sie beträgt:

Klasse 1	pro Tag	30 Pfg.	oder pro Woche	2,10 Mt.
Klasse 2	"	60 "	"	4,20 "
Klasse 3	"	80 "	"	5,60 "

Das Sterbegeld beträgt in der 1. Klasse 20 Mt., in der 2. Klasse 30 Mt. und in der 3. Klasse 40 Mt. Die Gauvorstände können auf Beschluß der Gaukonferenz und mit Zustimmung des Verbandsvorstandes obligatorische Beitragszuschläge erheben und eine Erhöhung der obigen Leistungen eintreten lassen.

Maßregelungsunterstützung wird an Mitglieder, die infolge ihrer Tätigkeit für den Verband gemäßigelt werden, bis zum Höchstbetrag von 30 Mt. gewährt. Die Festsetzung bleibt von Fall zu Fall dem Vorstand überlassen. Auch über die Gewährung und Art des Rechtsschutzes entscheidet der Vorstand nach Prüfung der Sachlage.

Arbeitsnachweise können mit Zustimmung des Vorstandes errichtet werden.

Das monatliche Organ führt den Namen: „Der Landarbeiter.“ Die Redaktion befindet sich am Sitze des Vorstandes. Für den Vorstand und die Redaktion sollen zwei vollbesoldete Kräfte angestellt werden, daneben zunächst drei besoldete Gauleiter. Es wird erwartet, daß die für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung tätigen Angestellten, die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsstartelle sich nach besten Kräften in den Dienst der Organisation der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter stellen, damit es bald gelinge, in allen Provinzen und Bundesstaaten auf dem Lande Agitationszentren zu schaffen, die zu kräftigen Stützpunkten des neuen Verbandes werden. Möge die neue Organisation der Landarbeiter ein Bahnbrecher werden, der den Millionen deutscher Landproletarier ein freies Koalitionsrecht und einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse erringen hilft.“

Kahla. Wie wir bereits berichteten hat die Aktiengesellschaft Kahla ihren Dividendensatz auf 12 pCt. ermäßigen müssen. Einige Anlässe zu dieser Verminderung der Dividende lassen folgende Stellen aus dem Geschäftsbericht der Gesellschaft erkennen, zu dem die Börsenberichte bemerken: „Die Fabrikationseinnahme in 1908 ist ganz erheblich zurück gegangen, nämlich von 2 228 544 Mk. in 1907 auf 1 781 191 Mk. Die Abschreibungen sind im allgemeinen vorsichtig bemessen und betragen insgesamt 297 544 Mk. gegen 253 872 Mk. Obwohl die Unkosten von 873 695 Mk. auf 568 597 Mk. zurück gingen, verbleibt infolge des starken Minus in der Fabrikationseinnahme nur ein Ueberschuß von 511 973 Mk. gegen 830 920 Mk., davon erhält 37 751 Mk. (66 461) der Aufsichtsrat. 114 221 Mk. (14 458) werden auf neue Rechnung vorgetragen. Es ist erfreulich, daß die Gesellschaft sich durch diese relativ hohe Rückstellung finanziell stärkt und dafür lieber die Dividende niedriger bemißt. Bei gleich niedrigem Vortrag wie im Vorjahre hätte die Verwaltung nämlich zirka 15 pCt. Dividende beantragen können. Das Bemerkenswerteste an der Bilanz ist, daß die Gesellschaft zum ersten Male statt mit einem Bankguthaben mit einer Bankschuld abschließt und zwar in Höhe von 302 469 Mk. während im Vorjahre noch ein Bankguthaben in ungefähr der gleichen Höhe vorhanden war. Zur Verstärkung der Betriebsmittel beantragt die Verwaltung daher die Erhöhung des Grundkapitals um 600 000 Mk., welche Summe ungefähr die Differenz zwischen dem Bankguthaben in 1907 und der jetzigen Bankschuld darstellt. Weiter erscheinen in der Bilanz: Waren mit 818 977 Mk. (722 643), Materialien mit 447 421 Mk. (479 361), Debitoren mit 1 341 266 Mk. (1 380 054), Kreditoren hatten 483 724 Mk. (292 461) zu fordern. Ueber das laufende Jahr äußert sich die Direktion folgendermaßen: „Das laufende Jahr hat sich bis jetzt recht ungünstig angehalten. Eine Fabrik mit fünf Defen steht heute noch still. Wir nehmen nicht annähernd einen Bestand an Orders wie Ende 1907 mit herüber. Es ist wohl anzunehmen, daß Aufträge von Amerika im Laufe des Jahres wieder langsam einlaufen, immerhin können wir heute ein bestimmtes Urteil nicht abgeben.“ Der Aufsichtsrat ist etwas optimistisch und sieht „der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens mit einer gewissen Zuversicht entgegen.“

Cripts. In der allzeit für die Unternehmer blind begeisterten „Rundschau“ finden wir als neueste Anhimmlung der „Arbeiterfreundlichkeit“ der Unternehmer folgenden Erguß: „Die Arbeiterunterstützungs-kasse der Porzellanfabrik Cripts zeigt nach dem Geschäfts-Bericht für 1908 einen Kassenbestand von 11 499,15 Mk. Gegen das Vorjahr hat sich der Bestand um 4500 Mk. vermindert. Der Grund hierzu liegt darin, daß durch die Ungunst der vorjährigen Geschäftslage die bei allen Porzellanfabriken empfunden wurde, den Arbeitern viele Unterstützungen aus der Kasse gezahlt worden sind, so daß der Lohnausfall bei den betreffenden Arbeitern nicht nennenswert gewesen ist. Man ersieht, wie eine solche Kasse das Wohl ihrer Mitglieder im Auge hat und wie sie die Arbeiter über die schlechten Zeiten auch bei Arbeitseinschränkungen hinweg hilft. Durch einen im Jahre 1896 grundlos ausgebrochenen Streit veranlaßt, wurde die Unterstützungs-kasse ins Leben gerufen und hat bereits viel Gutes getan.“ — Die „Rundschau“ hatte für die Kämpfe und berechtigten Wünsche der Arbeiter seit jeher ein äußerst geringes Verständnis bewiesen. Man kann ihr also gelegentliche Rückfälle in diese Gewohnheit, diesen ihren Mangel sichtbar zur Schau zu stellen, nicht gut übel nehmen. Aber wenn sie in den obigen Zeilen von einem grundlos ausgebrochenen Streit in Cripts redet, dann hat sich das Rundschaublatt entweder einen gewaltigen Bären von seinem — wahrscheinlich im triptischer Komptoir sitzenden — Gewährsmann aufbinden lassen oder die Rundschau sagt bewusst die Unwahrheit. Demgegenüber möchten wir über doch feststellen, daß der Streit 1906 in Cripts die Folge einer ganz grundlosen Maßregelung von fünf Verbandskollegen durch die Firma, vormals Unger & Grieschel, war. Das braucht freilich die Rundschau heute nicht mehr zu wissen. Oder sie denkt, daß man jetzt der Öffentlichkeit jeden Mumpitz über die Veranlassung des damaligen Kampfes vormachen könnte. Die Rundschau irrt sich. Sie irrt sich auch darin, wenn sie glaubt, durch die hönig süßen Lobreden auf die triptischer Unterstützungs-kasse einen denkenden Arbeiter mit dem Wohlfahrts- und Unterstützungshumbug der Unternehmer auszuöhnen zu können.

Lohnzahlungen. Eine Gewerbegerichtsentscheidung von großer Tragweite fällt das Gewerbegericht Mühlhausen i. G. Es verurteilte auf die Klage einiger Arbeiter die Maschinenbauwerkstätte Ducommun (Aktiengesellschaft) zur Zahlung des Lohnes für vier Arbeitstage zwischen Weihnachten und Neujahr, an denen die Firma die Fabrik geschlossen hatte, ohne daß sie dies rechtzeitig bei der vorletzten Lohnzahlung dem Personal angekündigt hatte. Wenn, wie dies voraussichtlich geschieht, nun das ganze Personal den ihm zustehenden Lohn fordert, so bedeutet dies für die Firma eine Ausgabe von rund 5000 Mk. Die Entscheidung erfolgte nach Erstattung eines Sachverständigen-gutachtens, durch welches der Einwand der Firma, daß die Reparatur der drei Dampfmaschinen im Betriebe die Arbeitseinstellung plötzlich nötig gemacht habe, widerlegt wurde. Nach dem Gutachten erforderte diese Reparatur höchstens 2 Tage. Die Firma hatte den Betrieb aber gleich für 6 Tage still gelegt — für die überschüssigen 4 Tage muß sie jetzt Lohn zahlen. Vor einigen Jahren fällt das Gewerbegericht gegen eine Spinneret in Mühlhausen eine ganz ähnliche Entscheidung, was dieser Firma ebenfalls eine hohe Ausgabe verursachte, ohne daß „die Herren im Hause“ davon gelernt hätten.

Für Kulturaufgaben ist kein Geld da. Der Bund für Mutterschutz hat den Reichstag ersucht, bei der jetzt noch im Vorbereitungsstadium befindlichen Neuregelung der Arbeiterversicherung eine umfassende Mutterschaftsversicherung im Anschluß an die Krankenversicherung zu schaffen. Die Petitionskommission des Reichstages hat beschlossen, dem Plenum die Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler als Material zu empfehlen, ihr also ein Begräbnis letzter Güte zu bereiten. In der Kommission hat sich der Regierungsvertreter entschieden gegen die Einrichtung einer solchen Versicherung erklärt, weil bei der jetzigen Situation der Reichsfinanzen gar nicht daran gedacht werden könne, die Kosten dafür aufzubringen, die angeblich rund 280 Millionen Mark pro Jahr betragen würden. Wenn es sich um den Bau neuer Kriegsschiffe handelte, würde die Regierung offenbar weniger Bedenken haben.

Zur Unterhaltung

Seid Ihr der Korporal?

Eine Geschichte aus dem nordamerikanischen Sezessionskrieg. Es war eine stockfinstere Nacht. Der Wind heulte trostlose Musik, der Regen fiel in Strömen herab und wie die wogende See rauschte der Wald. Mein Kamerad, Thomas Burt und ich konnten in unserem Zelte kaum einander erkennen, während wir auf den Ruf von Harry Jones, dem Korporal der Wache, der uns auf Posten schicken sollte, warteten. Wir hatten nicht nötig, seiner lange zu harren und bald war jeder Mann an seinem Platz.

Der meine war ziemlich weit vom Lager entfernt, am Rande eines gegen Norden an den Wald stoßenden Maisfeldes, das sich wohl eine Meile weit hinzog. Es war ein sehr einsamer Platz, denn mein Kamerad stand eine gute Strecke von mir entfernt. Der Wind segte durch die grünen Halme und das dadurch verursachte Geräusch ließ sich mit dem dumpfen Stöhnen wandelnder Geister vergleichen. Die Finsternis war so groß, daß ich die Gegenstände um mich her nur in unsicheren Umrissen und mit Mühe erkennen konnte. Wie ein Schauerbad kam der Regen auf mich herab und in kurzer Zeit war ich bis auf die Haut durchnäßt. Meine Schuhe — wahre Kanonenboote aus Rindsleder — waren bald derart mit Wasser durchzogen, daß sie bei jedem Schritte, den ich machte, wie junge Schweine quikten, die sich lustig in der Pfütze mühen.

Es begann mich zu frösteln und ich ging schnell auf und ab, um mich zu erwärmen, und damit meine Glieder gelenkig blieben, übte ich mich im Bajonettfechten, wobei ich verzweifelte Stöße in die Luft machte. Mitten in diesen Übungen ward ich plötzlich durch eine qualende Stimme hinter mir aufgeschreckt. „Seid Ihr der Korporal? Seid Ihr der Korporal?“ rief es in einem eigentümlichen Tone.

„Wer da?“ rief ich, indem ich mich im Nu umdrehte und den Hahn meiner Büchse spannte.

„Seid Ihr der Korporal? Seid Ihr der Korporal?“ wiederholte es wie vorher. Die Stimme schien von einer Stelle nahe am Zaun herzukommen, der mich von dem Maisfelde trennte: ich aber war außer Stande, den Sprecher zu sehen.

„Wer da?“ rief ich noch einmal, indem ich mich näherte und meine Augen nach Kräften anstrenzte.

„Seid Ihr der Korporal? Seid Ihr der Kor—“

Die Stimme verstummte plötzlich, als ich dicht an den Zaun trat. Ich beugte mich nieder, um durch die Zaunriegel in das Maisfeld blicken zu können — ein großer Brüllfrosch saß auf einem derselben! Wie ich das Untier ansah, blinzelte es mich erst mit dem einen, dann mit beiden Augen so verschmigt an, als ob es sagen wollte, „wie kann mein Quacken auch nur einen verständigen Menschen erschrecken“, und ich mußte unwillkürlich über mich lachen. „Wie ist es möglich,“ sprach ich zu mir selbst, „daß ich die Stimme eines Frosches für die eines Menschen halten konnte.“ Nach einiger Ueberlegung mußte ich mir aber sagen, daß es doch der Fall gewesen sei, und ärgerlich über mich selbst, daß ich mich von meiner Einbildung so täuschen lassen konnte, setzte ich meinen Gang fort. Kaum aber hatte ich mein Revier wieder einige Male durchmessen, als die quakende Stimme aufs Neue an mein Ohr schlug: „Seid Ihr der Korporal? Seid Ihr der Korporal?“ Mit einem Sage war ich am Zaun, fest überzeugt, diesmal eine menschliche Stimme gehört zu haben. Aber niemand war zu sehen, nur der Frosch saß ernst und würdevoll, wie vorher, auf dem Zaunriegel.

„Dich soll dieser und jener holen!“ rief ich fast ärgerlich, „welcher gebildete Frosch quakt bei solchem Wetter?“

Wie zum Hohn klang es zurück: „Seid Ihr der Korporal? Seid Ihr der Korporal?“ Erstaunt trat ich zurück — die Worte konnten nur von dem Wetterpropheten kommen. Ich betrachtete ihn mit aufgerissenen Augen und offenem Munde. Was für eine Art Frosch mußte es sein, der eine Stimme wie ein Mensch hatte? Es war jedenfalls etwas Wunderbares in dieser Sache. Von sprechenden Vögeln hatte ich schon gehört; von sprechenden Amphibien, speziell Fröschen aber noch nicht! Dieser war jedenfalls ein Wundertier, eine Kuriosität, die ich meinen Kameraden zeigen mußte. Er mußte gefangen werden und dies war leicht geschehen. Mit einem schnellen Griff hatte ich ihn in der Hand, und wenn er auch strampelte, er mußte in meinen Schnappsaack spazieren. Dann setzte ich meinen Gang fort wie vorher. Kaum war ich aber fünf Schritte vom Zaun entfernt, als ich die krächzende Stimme, die nach dem Korporal verlangte, wieder hörte, und ich war mehr als erstaunt darüber, da die Worte nicht von dem Frosch zu kommen schienen. Um mich genau zu überzeugen, hielt ich den Schnappsaack an das Ohr und wartete auf die Wiederholung des sonderbaren Rufes. Ich brauchte in der Tat nicht lange in dieser Stellung zu verharren, denn schon wenige Minuten darauf ließ sich dieselbe von neuem vernehmen. Aber mit einem gewissen Gefühle der Enttäuschung ließ ich meinen Schnappsaack los, denn mein Frosch war nicht der Sprecher, wie ich geglaubt hatte. Die Stimme klang von der Stelle her, wo ich ihn gefangen hatte, und ich vermutete daß sich einer meiner Kameraden im Maisfelde versteckt hatte, um sich auf meine Kosten einen Scherz zu machen. Ich lenkte meine Schritte wieder dem Zaune zu und stieß mit dem Gewehrkolben durch den Riegel, mit der Absicht, den Uebelthäter durch einen gehörigen Stoß zu bestrafen. Aber im selben Moment sah ich einen langen Hals, der von einem weißen abgemagerten Gesicht überragt wurde, über den Maisfengeln sichtbar werden — ein Gesicht, aus dem mich ein paar tiefstehende Augen mit unheimlichem Glanze anstarrten. „Seid Ihr der Korporal, — Korporal?“ fragte er mich in dem früheren krächzenden Tone.

„Wer seid Ihr?“ rief ich fast erschrocken über die geisterhafte Erscheinung.

„Ich bin ein Rebell, Rebell, Rebell!“ krächte er zu mir herüber, „bin bei Fair-Dats erschossen. Ich bin tot, tot, tot, aber mein Geist lebt noch — ich suche den Korporal, Korporal, Korporal, der mich erschöß!“

Als er sprach, ward ich in seiner erhobenen Hand eines blitzenden Messers ansichtig, und sprang schnell einen Schritt zurück; gleichzeitig aber legte ich an, zielte gerade auf die Stirn des Rebellen und drückte los.

Der schrille Knall widerhallte im Walde und da stand der Rebell unverletzt auf der früheren Stelle und blickte mich mit hohlen überirdischen Augen an. Ich wußte, daß ich gut gezielt hatte, wußte, daß meine Büchse scharf geladen war — mir ward ganz sonderbar zu Mute und ich glaube, ich schlotterte mit den Knien, als ich wie betäubt auf die sonderbare Erscheinung vor mir starrte. Er hatte die Wahrheit gesprochen — er war kein Fleisch und Blut, sondern nur eine Lusterscheinung, durch die meine Kugel, ohne ihr Schaden zu tun, geflogen war, wie, als ob sie durch Rauch oder Dampf gefahren wäre.

„Hi, hi, hie!“ lachte das Gespenst und gab dann wieder seinen früheren Ruf nach dem Korporal von sich. Dann aber trat er vor und legte die Hand auf den Zaun — welp' eine

dürre abgemagerte Hand. Ich glaubte, er würde herüber springen, um sich auf mich zu stürzen, und trat einige Schritte zurück, um mich mit dem Bajonett zu verteidigen. Im gleichen Augenblick aber hörte ich nahende Schritte, sah den Schein einer Laterne, und wenige Augenblicke darauf stand der Korporal der Wache, durch mein Feuer herbeigezogen, mit sechs Tapferen neben mir. Ich muß gestehen, daß mir etwas leichter ums Herz ward, als ich mich so gedeckt sah.

„Warum habt Ihr geschossen?“ fragte mich mein Vorgesetzter.

Ich deutete auf die Stelle, wo eine Sekunde vorher der Unglückliche mit gezücktem Messer vor mir gestanden hatte — er war verschwunden. Ich erzählte meine Geschichte und ward ausgelacht. Der Korporal behauptete, ich sei furchtsam und hätte mich von meiner Einbildung hinreißen lassen. Ich beharrte dagegen auf meiner Behauptung und ward verhöhnt. „Pui,“ sagte der Korporal, „ein großer Kerl, und fürchtet sich, bei Nacht auf einem einsamen Posten zu stehen.“ Dann verließ er mich und lehrte zum Lager zurück, ich war ärgerlich, zum Gespött geworden zu sein, und setzte meinen früheren Gang wieder fort. Schärfer wie zuvor nahm ich aber die verdächtige Stelle jetzt aufs Korn, ward aber von keiner Erscheinung wieder behelligt und ging, als ich bald nachher abgelöst wurde, in mein Zelt.

Ungefähr eine Stunde darauf ward ich durch die Stimme des Mannes geweckt, der nach mir den Posten bezogen hatte und aus Leibeskräften nach der Wache rief. Neugierig, zu erfahren, ob er mit meinem Gespenst zu tun habe, griff ich nach meiner Büchse und rannte zur Stelle. Da stand die Schildwache und hatte die „Erscheinung“ fest am Kragen gepackt.

„Seid Ihr der Korporal — Korporal — Korporal?“ krächte der Gefangene, als er von den Herzuwühlenden umringt war; „wenn Ihr's seid, so sagt mir's — ich bin ein Rebell — Rebell — Rebell — bin erschossen bei Fair-Dats —“

„Der Kerl ist verrückt!“ riefen meine Kameraden.

„Jetzt, du Gespensterseher,“ sagte Harry Jones, „sieh' ihn dir einmal an, ob er nicht Fleisch und Blut ist.“

„Nein,“ entgegnete ich, „ich sehe nur Haut und Knochen,“ und in der Tat, es war eine Jammergestalt, welcher der Irrsinn und Hunger aus dem Gesichte schaute.

„Jetzt gib einmal dein Gewehr her,“ sagte der Korporal, „vielleicht hatte der arme Schelm geschossen und nicht du.“ Die Untersuchung ergab indessen, daß mein Schuß abgefeuert war und als guter Schütze war ich bekannt. Er gab mir die Waffe deshalb zurück. Aber beim dämmernden Morgenlichte sah ich, daß dieselbe nicht mir, sondern meinem Kameraden Bunt gehörte und von mir in der Dunkelheit beim Beziehen der Wache verwechselt worden war. Bunt hatte den Posten Nr. 4 in der Nähe des Majorzeltes, und da dieser Offizier einmal einen Schuß bekommen hatte, durste seine Schildwache fortan nicht mehr scharf laden.

Es war mir im Ganzen lieb, daß die Sache einen solchen Verlauf genommen hatte, denn ich würde es mir nie verzeihen haben, wenn meine Kugel den armen Irren getroffen hätte. Etwas beschämt aber über die Bereicherung meiner naturhistorischen Kenntnisse, ließ ich unbemerkt meinen Frosch aus dem Schnappsaack gleiten, da ich ihn in meiner Aufregung mit mir heimgetragen hatte.

■ ■ ■ Versammlungs-Berichte etc. ■ ■ ■

k. Berlin. Die am 20. Februar statt gehabte Versammlung der Zahlstelle Berlin zeigte, daß das Interesse an den Verbandsversammlungen doch noch nicht gänzlich erloschen ist. In großer Anzahl folgten sie dem Rufe der Verwaltung und bewirkten dadurch, daß mal seit langer Zeit eine gut besuchte Versammlung zu stande kam. Es war aber auch die höchste Zeit. Denn wo soll das hinführen, wenn in einer so schweren Zeit, wie die jetzige ist, die Mitglieder eine solche Interessenlosigkeit, ein solch fahnenflüchtiges Verhalten zeigen, daß man nur als Massendefertation benennen kann? Es wird doch schließlich auch nicht besser, wenn jeder nach seinem Gutdünken aus der Reihe tanzt. Und die gekommen waren, zeigten durch ihre Teilnahme an den Verhandlungen, daß sie doch auch was zu sagen hatten. Sie folgten eingehend der Tagesordnung, die zuerst ein Besuch eines Kollegen aus Meissen zu erledigen hatte, das sich um Unterstützung in seiner trostlosen Lage bewarb. Das Besuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß wir hier am Orte selbst genug unterstützungsbedürftige Mitglieder haben und sollten die Kollegen dort ebenfalls darauf sehen, Gelder aufzubringen, respektive einen Lokalfonds zu gründen, woraus sie ihre Mitglieder unterstützen könnten. Ein Kollege aus Salzbrunn bittet bei Bedarf von Binseln, Rittel zc., bei ihm zu kaufen. Der Kassierer gab dann den Kassenbericht pro 4. Quartal 1908. Die Einnahmen betragen 8382,79 Mk., die Ausgaben 2484,04 Mk., sodaß ein Bestand von 898,75 Mk. bleibt. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 336. Auf Antrag des Revisors, Kollegen Bressen, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Vom Kunsstabend erfolgte die Abrechnung

durch Kollegen Lausch. Hierzu bemerkte v. d. Aue, daß die Abrechnung ein trauriges Resultat zeige. Es sei aber bei diesen hohen Anforderungen für Musik usw. nichts anderes zu erwarten gewesen. Es wird dann beschlossen, im Herbst ein Vergnügen stattfinden zu lassen. Nunmehr verlas der Vorsitzende den Antrag der Verwaltung und begründete denselben. Nach dem die Präsenzliste vom vergangenen Jahre 1908 nachweist, daß 73 Mitglieder im ganzen Jahre nicht eine einzige Versammlung besuchten und ein weiterer Teil nur 1-8 Versammlungen bewohnte, sah sich die Verwaltung veranlaßt, Mittel und Wege zu finden, um einen besseren Versammlungsbesuch herbeizuführen. Es war auch schon versucht worden, die Versammlungen interessanter zu gestalten, durch Abhaltung guter Vorträge von bedeutenden Genossen. Aber leider hatte auch dieses nicht den gewünschten Erfolg. Infolgedessen sieht sich die Verwaltung genötigt, folgenden Antrag zu stellen und zur Annahme zu empfehlen: „Nach § 12 des Statuts ist jedes Mitglied verpflichtet, die Zahlstellenversammlungen regelmäßig zu besuchen. Mitgliedern, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ohne berechtigte Entschuldigungsgründe nachweisen zu können, wird im gegebenen Fall von der Verwaltung die Unterstützung aus dem Lokalfonds sowie bei der Hauptverwaltung nicht mehr empfohlen. Dieser Antrag wurde nach einer sehr lebhaften und eingehenden Diskussion angenommen. Der Vorsitzende betonte dabei, daß nunmehr die Verwaltung von diesem Beschluß Gebrauch machen wird und dabei das Rechtsgefühl der Kollegen nicht verletzen wird. Die Versammlungen sollen sich nicht zu sehr mit dem kleintlichen technischen Kram beschäftigen, sondern mehr die großen Punkte berücksichtigen, sozusagen großzügig sein. Es wurde hierauf noch ein Antrag angenommen und ihm im Prinzip zugestimmt, wonach Arbeitslosen 50 Pf. aus dem Lokalfonds in der Versammlung bei der Kontrolle zu zahlen ist.

u. Dresden. Die Verschmelzungsidee gewinnt unter den dresdner Angehörigen der keramischen Berufe immer mehr an Boden. Diese Erkenntnis hat wohl jeder Teilnehmer, aus der am 17. Februar von den örtlichen Verwaltungen der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter nach dem Volkshaus einberufenen kombinierten Versammlung als Ergebnis mitgenommen. Wohl waren einige Teilnehmer — Ofenseher — der Ansicht, daß ein keramischer Industrieverband für sie nicht in Betracht kommen kann. Der Verlauf der Versammlung wird sie aber belehrt haben, daß sie sich in einem Irrtum befinden. Ein ruhiges, reifliches Ueberlegen wird sie erkennen lassen, daß die, für sie so notwendige Arbeitslosenunterstützung, für die sie ja ein so heißes Begehren an den Tag legten, nur in einem keramischen Industrieverband geschaffen werden kann. Auch von einer Krankenunterstützung für die Glasarbeiter kann man im allgemeinen dasselbe sagen. Ihre schlimmen Berufskrankheiten erfordern auf alle Fälle gut fundierte Einrichtungen auf dem Gebiete der Krankenunterstützung. Ueber den Verlauf der Versammlung sei folgendes berichtet: Einleitend bemerkte Kollege Seebald: Wir leben in einer Zeit der Organisationsgebilde. Individuelle Eigenschaften kommen nur in der Organisation noch zur Geltung. Niemand soll glauben, daß er sein Arbeitsverhältnis, durch den guten Willen des Unternehmers heute noch verbessern kann. Nur durch die Macht der Organisation kann heute noch auf wirtschaftlichem Gebiete etwas erreicht werden. Die Unternehmerorganisationen verkörpern eine immer größer werdende Macht in sich. Auch die sich fortwährend vollziehenden Konzentrationen des Kapitals sowohl, als der Betriebe fordern gebieterisch von den Arbeitern, auf eine Stärkung ihrer Macht bedacht zu sein. Bei der Glas- und Porzellanindustrie ist diese Entwicklung schon ziemlich weit vorgeschritten. Neuerdings findet auch, infolge der technischen Entwicklung, im Töpferberuf eine derartige Umwälzung statt. Angesichts derartiger Erscheinungen, ist es verständlich, daß in jedem der in der keramischen Industrie zu findenden drei Verbände, schon Stimmen bemerkbar wurden, die einer Konzentration dieser Organisationen das Wort redeten. Bisher wurde die Frage mehr theoretisch behandelt, aber es ist gut, auch die praktischen Seiten dieser Frage zu berücksichtigen. Erzwingen lasse sich eine derartige Zentralisation freilich nicht. Aber in den keramischen Berufen liegen die Verhältnisse jetzt so, daß es notwendig ist, um die Macht der Arbeiter zu stärken, daß die Zentralisation angestrebt wird. Die äußere Form der Organisation ist ja nebensächlich. Wir wissen, daß zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe, wie früher in den Fachvereinen, dann in den Zentralverbänden, auch in den Industrieverbänden zwei Faktoren vor allen notwendig sind, nämlich das Klassenbewußtsein der Kämpfenden, und eine gute Konjunktur. Wir haben schon Industrieverbände, und aus deren Geschichte können wir doch lernen. Aus der Holzarbeiterverbandsgeschichte können wir ersehen, daß die Zentralisation nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Berufe geblieben ist. Redner ging näher auf diese Geschichte ein. Ein wichtiger, für die Verschmelzung sprechender Faktor ist auch die Agitation. Wir als Porzellanarbeiter haben erst einen Gauleiter angestellt. Und doch wissen wir, daß nur unabhängige Agitationsleiter imstande sind, unsere meist auf das flache Land verschlagenen Kollegen zu organisieren. Einesteils an den schlechten Finanzen liegend, spricht doch für diesen Uebelstand auch das, von Thüringen und dem oberen Bayern abgesehen, Verstreutliegen unserer Industrie. Genau wie wir, würden aber auch die anderen keramischen Berufsverbände in diesem Punkte durch eine Zusammenlegung nur Nutzen haben. Weiter muß man wohl auch die Presse erwähnen. Bei der großen Bedeutung, die die gewerkschaftliche Presse für die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat, kann man eine, sich ermittelnde bessere Ausgestaltung, gar nicht hoch genug einschätzen. Die Unterstützungseinrichtungen in den drei Verbänden allerdings verschieden ausgebaut, können der Verschmelzung auch nicht mehr ernstlich hinderlich sein. Ansichten, nach denen durch derartige Einrichtungen der Klassenkampf vermisch würde, können heute keinen Resonanzboden mehr finden. Treffend illustriert wird die Unstimmigkeit derartigen Behauptungen durch die soziale Gesetzgebung. Diese, zu dem ausgesprochenen Zwecke gemacht, die Sozialdemokratie zu vernichten, hat bewirkt, daß dieselbe zur größten politischen Partei herangewachsen ist. Töpfer wie Glasarbeiter werden natürlich die Arbeitslosen- resp. die Krankenunterstützung einführen müssen. Auf der anderen Seite jedoch, werden die Porzellanarbeiter noch etwas mehr der Verschmelzung die Wege ebnen müssen, als wie die letzte Generalversammlung bereit dazu war. Der sogenannte Antrag 50, des

Hauptvorstandes der letztgenannten Gewerkschaft, wäre dazu angetan gewesen. Wir haben also gesehen, daß für uns die Pflicht besteht, die Macht der keramischen Arbeiter zu stärken. Das können wir am besten durch einen Industrieverband erreichen. Auf alle Fälle haben unsere Vertreter die Pflicht, den Verschmelzungsgedanken fördern zu helfen. (Beifall). Drei eingegangene Resolutionen, von denen zwei sich dem Sinne nach deckten, wurden unterstützt. In der nun einsehenden interessanten Debatte wurde von seiten der Ofenseher wohl die Notwendigkeit starker Industrieverbände anerkannt, aber der hier gewünschte Keramarbeiterverband als für sie nicht in Betracht kommend hingestellt. Ein allgemeiner Bauarbeiterverband soll nur ihr Interesse vertreten können. Und die Motivierung dieser ihrer Stellungnahme? Sie glauben, vor allem die Glasarbeiter mit den Ziegler in identifizieren zu können, mit denen sie bekanntlich schlechte Erfahrungen gemacht haben. Weiter glauben sie stiefmütterlich behandelt zu werden. Weil scheinbar ziemlich gute Löhne, würden die übrigen Verbandsangehörigen, infolge ihrer ständigen Werkstatstätigkeit es nicht verstehen, wenn sie ihre Lage heben wollten, und demgemäß versuchen, sie zu hindern in Lohnbewegungen einzutreten. Auf der anderen Seite sind sie aber auch uneigennützig, und glauben, wenn arbeitslos, sich nicht von Werkstattarbeitern, die mit der Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße zu rechnen haben wie sie, unterstützen lassen zu können. Dann müßten ja auch die Porzellanarbeiter ihre Unterstützungssätze bedeutend reduzieren. Die Glasarbeiter geben zu, daß es innerhalb ihres Berufes noch dunkel aussteht, und machen die Versammelten mit den schuldigen Ursachen vertraut. Auch sie erblicken in einem Keramarbeiterverband keine ausreichende Waffe für sich, und richten ihre Blicke nach einem allgemeinen deutschen Arbeiterbund. — Die erste Resolution, in der das Versammlungsbureau beauftragt wurde, Schritte zu unternehmen, durch die eine Diskussion über die Frage ermöglicht würde, war durch sie eingebracht. Unser Kollege Jungnickel stellte einige Unstimmigkeiten richtig und wies den allgemeinen Arbeiterbund, weil noch in weiter Ferne liegend, als gegenwärtig noch undiskutabel von sich. Eine Klärung für die Verschmelzung unserer Berufe muß nach diesen Ausführungen möglich sein. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Konnte man durch den bisherigen Verlauf der Debatte der Ansicht zunehmen, daß in Dresden, außer bei den Porzellanarbeitern, bei den übrigen in Betracht kommenden Keramikern keine Sympathie für die erwünschte Verschmelzung zu finden sei, so wurde man durch die folgenden Ausführungen eines anderen belehrt. Genosse Karl Fräßdorf (Ofenseher) nahm das Wort, um seinen Kollegen die Haltlosigkeit ihrer Ausführungen zu beweisen. Er glaubt, daß es besser gewesen wäre, wenn die einzelnen Berufe für sich erst Stellung genommen hätten. Gegen eine Zentralisation kann heute kein Gewerkschaftler mehr sein. Die Zeiten sind vorbei, wo die Unternehmer auf diesem Gebiete von uns lernten. Heute liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Er bittet, der Resolution 2 zuzustimmen. Bezüglich der Verschmelzung mit den Bauberufen meint er, daß dieselben keine Sehnsucht nach den Ofensehern haben. Die Frage der Arbeitslosenversicherung aber, die, wie er anerkennt, geradezu brennend wird für uns, kann auf absehbare Zeit von den Bauberufen nicht gelöst werden, sie winkt uns einzig und allein in einem keramischen Industrieverband. Es wird dann eben eine gegenseitige Unterstützung Platz greifen. Wir werden die zuletzt genannte Unterstützung zweifellos am meisten in Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite werden die Glas- und Porzellanarbeiter leichter wirtschaftliche Kämpfe führen können. Im selben Sinne spricht Genosse Horig (Ofenseher). Er stellte erst die Ausführungen seiner Kollegen, betreffs der Ziegler und Töpferhilfsarbeiter, richtig. Er teilte den Standpunkt Fräßdorfs und legte den Glasarbeitern nahe, daß auch sie die erwünschte Krankenunterstützung eigentlich erst durch die Verschmelzung bekommen können. Im übrigen neigte er zu der Ansicht, daß die Verhältnisse in allen drei Berufen die gleichen sind. In allen dreien finden wir noch ganz niedrig entlohnte Arbeiter, aber auch Kollegen, die es schon verstanden haben, ihre wirtschaftliche Lage zu heben. Bezüglich der Unterstützungseinrichtungen ist er der Meinung, daß die Porzellanarbeiter, erst durch die Unternehmer zu größeren Kämpfen gezwungen, von ganz allein dazu kämen, ihre Unterstützungssätze zu reduzieren. Hierauf sprachen noch zwei Glasarbeiter in gleichem Sinne. Alle vier fanden die Zustimmung der Versammlung. In seinem Schlußwort erwähnte Seebald die Anwesenden, diese Frage nicht mehr aus den Augen zu lassen, und sie innerhalb der Zahlstellenversammlungen rege, aber sachlich zu diskutieren. Nachdem er noch kurz darauf hinwies, daß jetzt noch eine Diskussion über den allgemeinen Arbeiterbund negativ verlaufen müsse, empfiehlt er die 2. Resolution. — Die 1. Resolution, deren Sinn aus dem Bericht ersichtlich, wurde gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt. Die 2. Resolution folgenden Inhalts: „Die heute am 18. Februar 1909 stattgefundene Versammlung der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Hauptvorstände werden ersucht, die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine Verschmelzung der drei Berufsorganisationen baldigst herbei zu führen“, wurde gegen nur 12 Stimmen, von der, von ungefähr 300 Mitgliedern besuchten Versammlung angenommen. Mit dem Versprechen des Vorsitzenden, Genossen Horig, sobald es sich nötig erweist, wieder eine derartige Versammlung zu veranstalten, wurde diese, für die Verschmelzungsfreunde nach jeder Seite befriedigend verlaufene Versammlung geschlossen. Möchten überall derartige Vorarbeiten geleistet werden.

b. Frankfurt a. M. In einer am 17. Dezember stattgefundenen Kartellung gab Gewerkschaftssekretär Genosse Dorsch bekannt, daß eine Arbeitslosenhilfsorganisation gegründet und ins Leben gerufen werden soll. Verschiedene Ausschüsse unter Führung des Sozialen Museums wollen eine Hilfsaktion in die Wege leiten, die der allergrößten Not der gegenwärtigen Krise steuern soll. Vor allem soll für die ausgesteuerten Arbeitslosen die freiwillige Weiterversicherung bei der Krankenkasse übernommen werden, für die Bezahlung von Herbergsgeldern usw. und auch bei Mietzahlung soll die Zentrale helfen. Die Gewerkschaften sollen an jedem Monatschluß eine Uebersicht über die Höhe ihrer Ausgaben für Arbeitslose geben. Durch Birtulare sollen auch Privatunternehmer veranlaßt werden, während der schlechten Zeit verschiedene Arbeiter auszuführen zu lassen, deren Ausführung vielleicht erst für einen späteren Termin geplant war. Herr Dr. Robn (v. Sozialen Museum) gab sodann einen kurzen Ueberblick und schilderte die geplante Tätigkeit des Ausschusses. Den nicht ganz fest umgrenzten Darlegungen war zu entnehmen, daß im Finanzausschuß eine Vertretung der Arbeiter

nicht gewünscht wurde, dagegen sollen die einzelnen Korporationen für die ihnen zugewiesenen Summen völlig freies Verfügungsrecht haben. In der Hauptsache sei die Unterstützung, für deren Herbeischaffung und Verteilung unter anderem auch die „Innere Mission“ besorgt sei, für die Leute, die noch keine Ansprüche an die Gewerkschaftskassen haben oder die bereits von diesen ausgesteuert sind. Auch sei eine gewisse Zentralisierung der Notstandsarbeiten geplant, um den Arbeitslosen unnötige Gänge zu ersparen. Ueber die Vertretung im Ausschuss kann Redner noch keine bestimmten Angaben machen. Die Aufsichtskommission des Kartells empfiehlt den Gewerkschaftsvorständen eine rege Beteiligung. In der darauffolgenden Diskussion wurde betont, daß eine genaue Statistik über die bei den Gewerkschaften gemeldeten Arbeitslosen, an die Zentrale wohl geliefert werden könne, andererseits wäre es doch äußerst wünschenswert, darüber Rechenschaft zu geben, in welcher Weise die zur Verwendung stehenden Mittel zur Verteilung gelangen. Im übrigen seien die organisierten Arbeiter längst davon überzeugt, daß mit solchen Palliativmitteln die Krise und die Not ihrer Opfer nicht gelindert werden könne. Das Gros der frankfurter Arbeiter verzichtet gern auf Almosen und nimmt viel lieber Arbeit. Daß die Arbeiter nur notdürftig in den einzelnen Ausschüssen vertreten sein sollen; im wichtigsten (Finanzausschuss) überhaupt nicht, ist zu bedauern. Ist doch der Finanzausschuss die Seele des Ganzen, und würden die Arbeitervertreter in eine recht schlechte Lage kommen, wenn sie im wichtigsten nichts mitzureden hätten. Aber nicht die fehlende Vertretung der Arbeiter im Finanzausschuss allein ist zu rügen; auch in der zu bildenden Kommission ist mit keinem Wort davon die Rede gewesen, daß man irgendwie nach paritätischen Grundsätzen verfahren wolle. Weder die Vertretung noch die Subvention soll offenbar irgendwie nach der Stärke der Organisation geregelt werden. Der Geschäftsführer der Notstandsaktion müßte unbedingt aus Arbeiterkreisen sein, denn nur ein solcher vermag zu fühlen, wie einem Arbeitslosen zu Mute ist, nur ein Arbeiter wird das volle Vertrauen der Arbeitslosen, aber auch der Ausschussmitglieder sich erwerben können. Wenn schon etwas Ersprießliches geschaffen werden sollte, müßten unter allen Umständen gewisse Kautelen erfüllt werden. Und wenn die Gewerkschaften mit helfen wollen, darf sich das Werk nicht zu einer Kampforganisation gegen die Gewerkschaften ausbilden. Wenn jeder ohne Rücksicht auf eine Organisationszugehörigkeit die gleiche Unterstützung erhält, ist eine Benachteiligung der Organisierten schon gegeben. Es soll doch Not gelindert werden und darf das ganze nicht einer Brämierung der „braven Nichtorganisierten“ ähnlich sehen. Nachfolgende Resolution wurde abgelehnt, doch soll dieselbe den in den Ausschuss gewählten Genossen als Richtschnur für die ferneren Verhandlungen mit auf den Weg gegeben werden: „Die Delegierten des Gewerkschaftskartells erklären, daß sie jedes Bestreben, die aus der großen Arbeitslosigkeit entstehende Not zu lindern, begrüßen und zu unterstützen bereit sind. Sie sind aber der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Gemeinde ist, für ihre Mitglieder zu sorgen. Private Hilfe kann immer nur ein unzulänglicher Notbehelf sein. Die Gewerkschaften können aber nur solche Aktionen unterstützen, die bezwecken, den Gewerkschaften von den aus der großen Arbeitslosigkeit erwachsenden Lasten wenigstens einen Teil abzunehmen. Sie müssen ihre Mitwirkung ferner davon abhängig machen, daß sie bei der Verteilung der Gelder entscheidend mitbestimmen. Sie erklären, daß sie solche Maßregeln nicht unterstützen können, die letzten Endes nur erreichen, daß die Arbeit der Gewerkschaften erschwert wird dadurch, daß Rechte, die sich die Gewerkschaftler durch langjährige Beitragsleistung erwerben müssen, auch solchen Arbeitern zuteil werden, die für die Zwecke der Gewerkschaftsarbeit nie Opfer gebracht haben.“

Timenau. Die letzte Zahlstellenversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Unter Mitteilungen gab es eine längere Debatte über Notstandsarbeiten. Den Kassenbericht vom 4. Quartal erstattete der Kassierer. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 8884,87 Mk. und eine Ausgabe von 8074,90 Mk. zu verzeichnen, sodas am Schluß des Quartals ein Bestand von 709,97 Mk. vorhanden war. Der 12 pCt.-Fonds wies bei einer Einnahme von 198,51 Mk. eine Ausgabe von 93,70 Mk. auf, sodas beim Abschluß ein Bestand von 104,81 Mk. zu verzeichnen war. Die Zahlstelle zählt zur Zeit 193 Mitglieder. Gestrichen wurden wegen rückstehender Beiträge vier Mitglieder. Die Zahlstelle besitzt zur Zeit 248 Bücher, die der Zentralbibliothek einverleibt sind. Streikmarken wurden nur sechs verkauft. Der Kassierer ersuchte die Kollegen, auf die Restanten einzuwirken, daß sie ihren Pflichten nachkommen, um bei etwa eintretender Entlassung — vor der in jetziger Zeit niemand sicher sei — ihre langjährigen Rechte nicht einzubüßen. In Bezug auf die vom Hauptvorstand verlangten Nachweise über Arbeitsbemühungen der Arbeitslosen wird folgende Resolution eingebracht und nach kurzer Debatte einstimmig angenommen: „Die heutige Zahlstellenversammlung erachtet die zurzeit übliche Gepflogenheit, daß Arbeitslose zur Beschaffung von ausreichenden Arbeitsnachweisen sich stets an die Fabrikleitungen wenden müssen, als nicht zweckdienlich und empfiehlt allen Zahlstellen, die Arbeitslosen dahin anzuweisen, daß sie sich stets nur an die Zahlstellenverwaltungen zwecks Auskunft über Arbeitsgelegenheit wenden sollen. Dadurch wird einem Ueberangebot bei den Fabrikanten vorgebeugt werden.“ Unter Punkt 8, „Berichte aus den Fabriken“, gab ein Kollege ein drastisches Bild von den Zuständen bei der Firma Schuhmann & Klett. Es wird jeder Kollege hiermit gewarnt, auf Arbeitsangebote bei dieser Firma einzugehen, denn dieser Betrieb ist alles, nur kein Eldorado für Porzellanarbeiter. Die Berichte aus den anderen Fabriken ergaben, daß die Kollegen schwer unter der Krise zu leiden haben: Eine größere Fabrik kündigte in letzter Zeit zwei Arbeitern, die länger als 20 Jahre dort beschäftigt sind, während der Krankheit. Ueberhaupt sind Lohnreduzierungen und willkürliche Festsetzung der Preise fast überall an der Tagesordnung. Auch die Behandlung der Arbeiter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Alle diese Umstände sollten jedem Kollegen ein Ansporn sein, treu zum Verbande zu halten.

st. Potshappel. Am 20. Februar hielt unsere Zahlstelle eine Versammlung ab. Zu derselben, welche als Agitations-Versammlung einberufen war, hatte sich Kollege Jungnickel als Mitglied der Bezirks-Agitations-Kommission eingefunden. Gleichzeitig war Genosse Garze-Dresden, als Referent erschienen. Letzterer behandelte im ersten Punkte der Tagesordnung das Thema: „Der wirtschaftliche Kampf einst und jetzt!“ Leider hatte niemand von den unorganisierten Kollegen der

durch Handzettel erfolgten Einladung Folge geleistet; denn gerade dieses Thema war geeignet den noch nicht Ueberzeugten Aufklärung zu verschaffen und indifferente Kollegen heran zu ziehen. Im zweiten Punkte, Gewerkschaftliches wurden auf Antrag Kollegen gewählt, welche in Zukunft das Ausfüllen der Statistiken in jedem Zimmer vorzunehmen haben. Des Weiteren kamen einige im Betriebe vorgekommene Differenzfälle zur Sprache. Der Versuch eines Ausgleiches dieser Angelegenheit wurde einer gewählten Kommission übertragen. Die Versammlung war von 55 Mitglieder — 50 pCt. — besucht.

k. Schwarzenbach. Laut Beschluß der letzten Zahlstellenversammlung wurde der Antrag gestellt, dem Paragraph 6 des Statuts folgende Fassung zu geben: „Stellungslose und arbeitsunfähige Mitglieder sind nicht verpflichtet Beiträge zu zahlen, sofern die Dauer der Stellungslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit länger als sechs Tage währt, und wenn das betreffende Mitglied den Kassierer sofort von seiner Krankheit und Arbeitsunfähigkeit benachrichtigt.“

h. Stadtlm. Die am 13. Februar abgehaltene Zahlstellenversammlung war von 40 Mitgliedern besucht. Genosse Rister-Gotha referierte über: „Die wirtschaftliche Krise, deren Ursachen, Wirkungen und Lehren.“ Der Redner entledigte sich seines anderthalbstündigen Vortrages in leicht verständlicher Weise. Er führte den Anwesenden durch sein reichhaltiges Material den Schaden, den die Arbeiterschaft durch die wirtschaftliche Krise zu erleiden hat vor Augen und forderte zum Schluß seines Referats, die Anwesenden auf, treu und geschlossen zur Organisation zu halten, da die Organisation nur die einzige Körperschaft sei, die den Arbeiter bei solch eingetretenen schlechten Zeiten, wenn er arbeitslos wird, über die größte Not und Sorge hinweg helfen. Die Verwaltung machte es sich auch dieses Mal zur Aufgabe, die unorganisierten Arbeiter, teilweise mündlich, teilweise durch Handzettel einzuladen. Es blieb aber leider ohne Erfolg. Auch verschiedene organisierte Kollegen hielten es nicht für ihre Pflicht, in die Versammlung zu kommen.

s. Stadtlengsfeld. Die am 6. Februar abgehaltene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich mit folgendem Punkte: „Wie stellen wir uns zu dem Beschluß, daß kranke, arbeitsunfähige Mitglieder Beiträge entrichten müssen?“ Auch unsere Kollegen protestierten energisch dagegen, daß so ein Beschluß zustande kommen konnte. Da es doch eine finanzielle Hilfe im Krankheitsfalle sein soll und auf diese Art den kranken Mitgliedern ihre so nötigen Groschen wieder abgezogen werden, und sie dadurch dem Elend noch mehr unterworfen sind. Wenn in einer Generalversammlung etwas zum Beschluß kommt, der betreffende Punkt doch auch so formuliert werden muß, daß es einem jeden verständlich ist, und nicht, daß abgestimmt wird und verschiedene Delegierte nicht wissen, wie der betreffende Punkt aussteht, ob richtig oder nicht. In diesem Falle schließen wir uns den protestierenden Zahlstellen an, damit nicht wieder solche unüberlegten Fälle zur Abstimmung gelangen und die Mitglieder dann das Nachsehen haben.

h. Wittenberg. In der im Februar stattgefundenen, ziemlich gut besuchten Zahlstellenversammlung gab zunächst der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal 1908, sowie den Jahresbericht für das Jahr 1908. Nach letzterem verzeichnete die Zahlstelle eine Einnahme von 2497,40 Mk. Die Ausgabe belief sich auf 2302,61 Mk., wovon 1273,50 Mk. an die Hauptkasse gesandt wurden. Streikmarken wurden im verfloffenen Jahre 399 Stück verkauft. Die Einnahme des 12 pCt.-Fonds betrug 253,20 Mk. Von dem verbleibenden Bestand am Schluß des Jahres in Höhe von 63,69 Mk. werden auf einstimmigen Beschluß der Versammlung 50 Mk. der Hauptkasse überwiesen. In Anbetracht der durch die Krise hervorgerufenen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen starken Finanzspruchnahme unserer Verbandskasse, wäre es sehr wünschenswert, wenn alle Zahlstellen in gleicher Weise handeln würden. — Dann wurde der Kartellbericht gegeben. Der Mitgliederbestand der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften beträgt gegenwärtig 1071 — Von der gemeinsamen Sitzung der Gewerkschafts- und Parteivorstände wird Bericht gegeben über den verhandelten Punkt betreffs eventueller Gründung einer Jugendorganisation. — Den Berichten in der „Amelie“, leider von vielen Zahlstellen, über die vermeintliche zu Unrecht bestehende Bestimmung betreffs Abzug der Beiträge vom Krankengeldbezug, kann die hiesige Zahlstelle nicht zustimmen. Es sei zunächst darauf hingewiesen, daß in den meisten anderen Gewerkschaften die gleichen Einrichtungen längst bestehen. Ganz besonders aber ist es in der gegenwärtigen, wirtschaftlichen Krise eine unbedingte Notwendigkeit, die Verbands- sowie Krankenzuschußkasse lebensfähig zu erhalten, um den in außerordentlich starker Zahl Unterstützung Bedürftigen gerecht werden zu können. Auch ist es wohl unstrittig eine Tatsache, daß die meisten Mitglieder, mit wenig Ausnahmen, im Krankheitsfalle, einschließlich der Orts-, Fabrik- und anderer Kassen, eine höhere Unterstützung beziehen, als bei der Arbeitslosigkeit. So dürfte es denn doch wohl nicht allzu schwer fallen, die laufenden Beiträge beim Bezug von Krankengeld ebenfalls zu entrichten. Hier anschließend sei noch bemerkt, daß allen Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, sich in genügender Höhe zu versichern um im Falle der Erkrankung sich und die Familie vor der äußersten Not zu bewahren. — Am Schluß der Versammlung werden noch die Mitglieder hiesiger Zahlstelle aufgefordert, recht zahlreich zu der am 5. März stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher der Pastor Stern über das Thema: „Wer war Jesus von Nazareth?“ referieren wird, zu erscheinen.

Briefkasten.

Rappnacker-Kleinwittenberg! Sie wünschen Auskunft über die Gründe der eingetretenen Mitgliederverluste. Dabei äußern Sie zugleich die Befürchtung daß daran nur die „schönen Beschlüsse“ der Generalversammlung und die Beitragserhöhung schuld wären. Wenn Sie — Ihrer Meinung nach — die Gründe kennen, warum fragen Sie uns darnach und warum wollen Sie darüber noch einmal in der „Amelie“ Auskunft haben? Sie hätten diese Auskunft doch viel eingehender haben können, als Genosse Wollmann, vor noch nicht zu langer Zeit in Wittenberg in einer Zahlstellen-Versammlung über die Beschlüsse der Generalversammlung alle erwünschte Aufklärung gab. Wenn Sie in

